

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 89 (2011)
Heft: 9

Artikel: Pro Senectute : kehrt die Altersarmut zurück?
Autor: Seifert, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-725483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Unser Fachmann

Kurt Seifert leitet bei Pro Senectute Schweiz den Bereich «Forschung und Grundlagenarbeit».

Kehrt die Altersarmut zurück?

Im Herbst 2008 schien die Weltwirtschaft kurz vor dem Kollaps zu stehen: Das durch dubiose Geschäfte aufgeblähte Finanzsystem hätte alles in den Abgrund reißen können, wenn nicht Regierungen und Parlamente bereit gewesen wären, in kürzester Frist milliardenschwere Rettungsprogramme zu beschliessen. Auch die Schweiz blieb von dieser globalen Krise bekanntlich nicht verschont. Der Bund sowie die Schweizerische Nationalbank mussten sich verpflichten, der UBS mit maximal 66 Milliarden Franken beizustehen, um einen Zusammenbruch der Bank zu verhindern.

Nur kurze Zeit konnte man glauben, diese Krise sei bloss ein böser Spuk gewesen und nun könne alles seinen gewohnten Gang gehen. In vielen Ländern, auch in der Schweiz, sprang der Konjunkturmotor dank staatlicher Förderungsprogramme rasch wieder an. Doch die Warnsignale weiterer Erschütterungen des Wirtschaftssystems liessen nicht lange auf sich warten: Dem Beinahe-Konkurs von Griechenland im Frühjahr 2010 folgten umfangreiche Stützungsaktionen für die Stabilität des Euro, dessen Schwäche zu einer Aufwertung des Franken geführt hat – mit grossen Konsequenzen für die hiesige Exportindustrie und Hotellerie.

Die Rettungsaktionen sind nicht gratis zu haben – weder für Empfänger noch für Geber. Um die staatlichen Finanzen ins Lot zu bringen, muss etwa Griechenland seine Ausgaben für die soziale Sicherheit beträchtlich kürzen. Schon heute haben zwei Drittel der griechischen Rentnerinnen und Rentner weniger als 600 Euro im Monat zur Verfügung – das sind nach aktuellem Umrechnungskurs etwas mehr als 700 Franken. Gleichzeitig steigen die Verbrauchssteuern, die vor allem die kleinen Leute treffen, während die Wohlhabenden weiterhin unzählige Steuerschlupflöcher nutzen können.

Griechenland befindet sich derzeit in einer besonders exponierten Position.

Die Folgen der Weltfinanzkrise werden jetzt sichtbar: Die Staaten müssen sich stark verschulden und bringen so den sozialen Ausgleich in Gefahr.



Bild: Martin Gause

Wer an den Altersversicherungen spart, bringt auch die gesamte Wirtschaft in Gefahr.

Doch auch in anderen europäischen Ländern droht unter dem Druck der Finanzkrise und ihrer Folgen ein Abbau von sozialen Errungenschaften. So hält die Europäische Union (EU) in einem «Grünbuch» aus dem Jahr 2010 fest, die bereits vor der Finanzkrise begonnenen Reformen der Rentensysteme führten dazu, dass «für eine beträchtliche Zahl der Beschäftigten das Risiko unzureichender Altersvorsorge» wachse. In Deutschland ist bereits von einer «Generation Armut» die Rede, die demnächst mit kümmerlichen Bezügen ins Rentenalter kommen wird.

Gleichzeitig weist die EU darauf hin, dass die staatliche Alterssicherung die Rolle eines «automatischen Stabilisators» übernehme: Ihre regelmässigen Zahlungen, die weitgehend in den Konsum der Pensionäre fliessen, tragen dazu bei, den Wirtschaftskreislauf im Gleichgewicht zu halten. Die obligatorischen Altersversicherungen haben also eine wichtige ökonomische Funktion, deren Ausfall sich sowohl für die Betroffenen als auch für die Volkswirtschaft im Ganzen schmerzlich bemerkbar machen würde.

Die schweizerischen Verhältnisse scheinen noch weit entfernt von jenen in den EU-Ländern zu sein. So profitiert die erste Säule gegenwärtig von der Zuwanderung junger und qualifizierter Arbeitskräfte. (Diese Tatsache sollte bedacht werden, wenn wieder einmal die Rede vom «Ausländerproblem» ist.) Hält diese Entwicklung weiterhin an, so werden allfällige Anpassungen der AHV-Finanzierung erst im kommenden Jahrzehnt aktuell. Trotz der vergleichsweise komfortablen Lage unserer Altersvorsorge geistern diverse Ideen herum, die auf deren Verschlechterung hinauslaufen würden. Dafür besteht keine Notwendigkeit! Soziale Sicherheit zu gewährleisten, ist eine Grundaufgabe des modernen demokratischen Staates, die auch in unruhigeren Zeiten nicht vernachlässigt werden sollte.

Kurt Seifert